

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 19. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Juli 2010, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Dataport	4
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/972	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/1025	
2. Projekt Mensch-Energie-Natur	5
Umdruck 17/966	
3. Einzelbetriebliche Förderung des Landes	7
Umdrucke 17/784, 17/940, 17/948	
4. Information/Kenntnisnahme	8
Umdruck 17/809 - Stellenveränderungen Hochschulen	
Umdruck 17/810 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde	
Umdruck 17/811 - Haushaltsüberschreitungen ULD	
Umdruck 17/812 - Einheitlicher Ansprechpartner	
Umdruck 17/853 - Kieler Flughafengesellschaft mbH	
Umdruck 17/942 - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung	
Umdruck 17/943 - Cheffahrer	
Umdruck 17/944 - Verwaltungsvereinbarung Havariekommando	
Umdruck 17/945 - Stellungnahme zum Ergebnisbericht 2010 des Landesrechnungshofs	
Umdruck 17/946 - Zuwendungskürzungen im Jahr 2010	
Umdruck 17/956 - Institutionelle und Projektförderung	
Umdruck 17/982 - Ausbildung in der Steuerverwaltung	
Umdruck 17/983 - Fortschreibung von Haushaltsdaten	
Umdruck 17/984 - Landeszentrale für politische Bildung	
Umdruck 17/985 - Trennungsrechnung 2009 UK S-H	
Umdruck 17/986 - Verwaltungsvereinbarung Forschungsdatenzentrum	
Umdruck 17/996 - Flugplatz Kiel-Holtenau	
5. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Dataport

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 17/972

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1025

Nach kurzer Diskussion werden der Änderungsantrag von CDU und FDP Umdruck 17/1025 und der Ursprungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/972 in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung,

1. eine Stellungnahme von Dataport einzuholen, wie der IT-Einsatz in der Landesverwaltung effizienter gestaltet werden kann und in welchen Verwaltungsbereichen durch verstärkten oder veränderten IT-Einsatz Effizienzsteigerungen möglich sind, und diese dem Finanzausschuss bis September 2010 vorzulegen. Die Effizienzen sollen im Bereich der Katasterverwaltungen und der Landespolizeien der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein exemplarisch verdeutlicht werden.
2. im Herbst 2010 auf der Grundlage von Ressortabfragen schriftlich eine Abschätzung der Vollkosten (einschließlich Personalkosten) vorzunehmen, die in der Landesverwaltung durch den IT-Einsatz jährlich entstehen, und darzulegen, wo die Landesregierung eine für den Landeshaushalt relevante Effizienzsteigerung durch eine verstärkte Nutzung von Dataport sieht.

Ziel ist es, im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung alle Einspar- und Effizienzpotenziale zu nutzen.“

Punkt 2 der Tagesordnung:

Projekt Mensch-Energie-Natur

Umdruck 17/966

Der Vorsitzende erinnert an die Erwartung des Finanzausschusses, vor der Umsetzung von Maßnahmen mit einer Förderung ab 1 Million € von der Landesregierung informiert zu werden, ohne die Zuständigkeit der Exekutive infrage zu stellen. Weil der Antrag auf Förderung des Projekts Mensch-Energie-Natur eine lange Vorgeschichte habe, es eine mündliche Förderzusage des damaligen Wirtschaftsministers gebe und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt eine letzte Frist bis zum 15. Juli 2010 gesetzt habe, erwarte er ein Signal der Landesregierung.

Abg. Loedige stellt klar, dass der Geschäftsführer des Projekts Mensch-Energie-Natur das Projekt einem Fraktionsarbeitskreis der FDP-Fraktion nicht vorgestellt habe.

St Dr. Zieschang führt aus, eine Förderzusage des Landes habe es zu keinem Zeitpunkt gegeben, die Inaussichtstellung einer Förderung sei an klare Bedingungen geknüpft, und die zentralen Kriterien Finanzkraft des Projektträgers und Sicherung der Gesamtfinanzierung würden nicht erfüllt. Die gemeinnützige GmbH könne nach zahlreichen Gesprächen nicht die Garantie dafür geben, dass das Land bei einem Scheitern des Projekts die eingesetzten Fördergelder in voller Höhe zurückerhalte. Bei dem Projekt gehe es um ein Volumen von knapp 7,8 Millionen € und Fördermittel in Höhe von 3,9 Millionen €. Daher komme eine Förderzusage aus Sicht des Wirtschaftsministeriums zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Betracht.

Abg. Heinold akzeptiert die Erklärung des Wirtschaftsministeriums.

Abg. Herdejürgen möchte wissen, ob die Abgabe einer Garantieerklärung der an der gGmbH beteiligten Gemeinden das Projekt zustimmungsfähig machen könne.

Abg. Harms fragt, inwieweit die an dem Erlebniszentrum beteiligten Banken das Projekt finanziell absichern könnten und ob das Wirtschaftsministerium das Projekt inhaltlich für unterstützenswert halte.

St Dr. Zieschang stellt nochmals klar, dass das Projekt nicht förderfähig sei, weil die Förder Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Die Förderfähigkeit könnte hergestellt werden, wenn die

Gemeinden eine Patronatserklärung abgeben. Erst danach stelle sich die Frage der Förderwürdigkeit.

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Landesregierung zur Kenntnis. Der Vorsitzende geht davon aus, dass das Wirtschaftsministerium vor dem 15. Juli 2010 eine offizielle Entscheidung über den Förderantrag vorlegt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Einzelbetriebliche Förderung des Landes

Umdrucke 17/784, 17/940, 17/948

Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet St Dr. Zieschang dahin, die einzelbetriebliche Förderung werde zukünftig auf das C-Fördergebiet beschränkt.

Der Finanzausschuss nimmt die Umdrucke 17/784, 17/940 und 17/948 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- Umdruck 17/809 - Stellenveränderungen Hochschulen
- Umdruck 17/810 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde
- Umdruck 17/811 - Haushaltsüberschreitungen ULD
- Umdruck 17/812 - Einheitlicher Ansprechpartner
- Umdruck 17/853 - Kieler Flughafengesellschaft mbH
- Umdruck 17/942 - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung
- Umdruck 17/943 - Cheffahrer
- Umdruck 17/944 - Verwaltungsvereinbarung Havariekommando
- Umdruck 17/945 - Stellungnahme zum Ergebnisbericht 2010 des Landesrechnungshofs
- Umdruck 17/946 - Zuwendungskürzungen im Jahr 2010
- Umdruck 17/956 - Institutionelle und Projektförderung
- Umdruck 17/982 - Ausbildung in der Steuerverwaltung
- Umdruck 17/983 - Fortschreibung von Haushaltsdaten
- Umdruck 17/984 - Landeszentrale für politische Bildung
- Umdruck 17/985 - Trennungsrechnung 2009 UK S-H
- Umdruck 17/986 - Verwaltungsvereinbarung Forschungsdatenzentrum
- Umdruck 17/996 - Flugplatz Kiel-Holtenau

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 17/810 - **Jährlicher Bericht der Schleswig-Holsteinischen Seemannsschule Lübeck-Travemünde** - wendet sich P Dr. Altmann dagegen, die jährliche Berichtspflicht aufzuheben.

Bei Umdruck 17/944 - **Havariekommando** - bittet der Finanzausschuss das Innenministerium, dem Finanzausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss einen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit des Havariekommandos zuzuleiten.

Bei Umdruck 17/984 - **Landeszentrale für politische Bildung** - äußert P Dr. Altmann seinen Unmut darüber, dass getroffene Entscheidungen zur Ansiedlung der Landeszentrale beim Landtag von den Betroffenen und insbesondere vom Chef der Landeszentrale konterkariert würden.

Eine Frage von Abg. Heinold zu Umdruck 17/985 - **Grundsätze und Ergebnisse der Trennungsrechnung 2009 im Universitätsklinikum** - beantwortet RL Quirnbach dahin, das

Hochrechnungsverfahren werde durch Ist-Zahlen ersetzt; die Trennungsrechnung werde weiterentwickelt.

Abg. Weber regt an, sich anhand der Zahlen des Verwendungsnachweises mit der Problematik näher zu befassen. Es müsse vermieden werden, dass die Krankenversorgung durch Landesmittel subventioniert werde.

Der Finanzausschuss erwartet zu den Ergebnissen der Trennungsrechnung im UK S-H noch in diesem Jahr einen erneuten Bericht.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss erteilt sein Einverständnis dazu, dass bei der Ausfertigung des Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung (Drucksachen 17/193 und 17/546) ein Rechtschreibfehler im Wege des **vereinfachten Berichtigungsverfahrens** korrigiert wird.

- b) Auf eine Frage von Abg. Heinold bestätigt M Schmalfuß, im **Justizministerium** sei eine zusätzliche Abteilung „Organisation und Informationstechnik für die Justiz, neue Steuerungselemente, Gnadenwesen“ geschaffen worden. Es sei geplant, die **Abteilungsleiterstelle** vorübergehend zu besetzen und die Stelle in etwa eineinhalb Jahren wieder abzugeben, wenn die Aufgaben erfüllt worden seien.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer